

2. Offener Brief an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bzgl. Corona-Maßnahmen_01.01.2022

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig,

ich beziehe mich auf folgenden Artikel im Nordkurier vom 31.12.2021

„Corona-Proteste – Schwesig spricht von „faschistischem Handeln“

In einem internen Schreiben an SPD-Mitglieder attackiert die MV-Ministerpräsidentin Impfgegner und Corona-Kritiker mit Vergleichen zum Faschismus.



Nordkurier

Manuela Schwesig (SPD) hat in einem Brief an die Mitglieder ihrer Partei die Corona-Politik der Landesregierung verteidigt und zum Impfen aufgerufen. Die Verantwortung für die schwierige Situation in der vierten Corona-Welle liege „insbesondere an einer noch zu großen Gruppe Ungeimpfter.“ Diese würden häufiger und schwerer am Virus erkranken. Auch die Ansteckungsgefahr sei in solchen Fällen höher. „Das ist ein Fakt und diesen Fakt auszusprechen hat nichts mit Spaltung oder Stigmatisierung zu tun“, so die Ministerpräsidentin weiter.

Bedrohung und Gewalt durch Corona-Proteste

Schwesig attackierte auch Teile der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen – teils mit ungewohnt scharfem Vokabular. „Es gibt eine sich radikalisierende Gruppe, die dem Staat faschistisches Handeln unterstellt, aber sich selbst solcher Methoden bedient“, schreibt sie. Diese Menschen würden sich keiner sachlichen Diskussion stellen und stattdessen Bedrohung und Gewalt nutzen, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Anfang Dezember hatte die Polizei einen Protestzug mit rund 400 Teilnehmern gestoppt, der auf dem Weg zu Schwesigs Privatwohnung gewesen sei. Wenige Tage zuvor hatten Corona-Gegner in Sachsen das Haus der dortigen Gesundheitsministerin umstellt und Fackeln entzündet. Beide Fälle hatten für mediale Aufmerksamkeit gesorgt.

Innenminister hatte Proteste in Schutz genommen

Die Proteste in MV, an denen sich zuletzt Tausende Menschen beteiligten, verliefen größtenteils friedlich. Schwesigs Parteifreund und Innenminister Christian Pegel hatte erst am Dienstag erklärt, er halte Kritik an der Corona-Politik für legitim. Die meisten Demonstranten seien, so Pegel, „fest in der Demokratie verankert.“

Schwesig gibt sich da weniger versöhnlich. Dass die Gegner der aktuellen Politik ihre Forderungen mit Einschüchterung durchsetzen, „dürfen und werden wir nicht zulassen“, heißt es in dem Schreiben, dass dem

Nordkurier vorliegt.“¹

¹ <https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/corona-proteste-schwesig-spricht-von-faschistischem-handeln-3146533212.html>

2. Offener Brief an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bzgl. Corona-Maßnahmen_01.01.2022

Dazu haben wir demonstrierende Bürger in MV folgende 7 Fragen:

1. *Wurde Ihr Brief an Mitglieder Ihrer Partei in o.g. Artikel des Nordkurier richtig wiedergegeben?*
2. *Weshalb antworten Sie nicht auf den (nachfolgend) offenen Brief der demonstrierenden Bürger in MV, welcher Ihnen seit 10.12.2021 vorliegt?*

Für den Fall, dass der o.g. Artikel inhaltlich richtig ist:

3. Im ersten Artikel führen Sie auf, dass die Ungeimpften Verantwortung für die 4. Welle tragen. Diese Behauptung belegen Sie jedoch nicht wissenschaftlich. Ferner haben wir Ihre Sichtweise in unserem offenen Brief vom 10.12.21 mit wissenschaftlichen Bezügen widerlegt. *Wann erhalten wir hierzu Ihre fundierte und faktenbasierte Stellungnahme?*
4. *Weshalb schreiben Sie, dass die demonstrierenden Bürger sich keiner sachlichen Diskussion stellen?* Wir haben Sie mit unserem offenen Brief vom 10.12.21 direkt angeschrieben und keine Antwort von Ihnen erhalten. Wir haben zudem auf allen Veranstaltungen offene Mikrofone.
5. *Wann und wo haben Sie versucht, mit den demonstrierenden Bürgern in Ihrem Bundesland ins Gespräch zu kommen?*
Unsere Demonstranten sind friedlich, was mehrfach durch die anwesende Polizei und die Medien bestätigt wurde.
6. Zu Ihrer Aussage: „Es gibt eine sich radikalisierte Gruppe, die dem Staat faschistisches Handeln unterstellt, aber sich selbst solcher Methoden bedient“ Uns ist so ein Verhalten aus unseren Reihen nicht bekannt.
Welche unserer Demonstranten in den Städten unterstellt dem Staat faschistisches Handeln und bedient sich selbst wie und wann dieser Methoden? Wir bitten um Nachweise.
7. *Wie definieren Sie faschistisches Handeln?*
Wir sind friedliche Bürger, welche aus der gesamten Breite der Bevölkerung kommen und weder mit den Corona-Maßnahmen noch mit der Einführung einer Impfpflicht einverstanden sind. Dieses haben wir fundiert in unserem offenen Brief an Sie vom 10.12.2021 begründet und dazu zahlreiche Wissenschaftler zitiert.

Wir bitten Sie wiederholt, unseren offenen Brief vom 10.12.2021 zu beantworten und mit uns ins Gespräch zu kommen.

Die Zahl der Bürger, welche auf die Straße gehen um friedlich zu zeigen, dass sie mit den Corona-Maßnahmen der Landesregierung und der Corona-Impfpflicht nicht einverstanden sind, steigt sprunghaft von Woche zu Woche. Letzte Woche gingen in MV in 35 Städten ca 30.737 Menschen auf die Straße.

Sollte der Artikel im Nordkurier inhaltlich richtig sein und das Ihre bisher einzige Antwort auf die Sorgen und Ängste Ihrer Bürger sein, sind wir ernsthaft besorgt um unser Wohl in den nächsten Jahren.

2. Offener Brief an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bzgl. Corona-Maßnahmen_01.01.2022

Wir bitten um Beantwortung der o.g. genannten Fragen und Ihre Stellungnahme zu unserem offenen Brief vom 10.12.2021

Mit freundlichen Grüßen

Ina Wittfoth_01.01.2022

10.12.2021

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig,

ich bin ein Mensch von jenen, welche montags gegen Ausgrenzung von ungeimpften Menschen und gegen die eventuell bevorstehende Impfpflicht demonstrieren. Ich möchte Ihnen aufzeigen, was unsere Sorgen, Ängste, Erwartungen und Forderungen an Sie sind. Ich habe Experten zitiert um aufzuzeigen, dass wir keine bloßen Behauptungen aufstellen.

Seit dem 25.11.2021 gilt in MV zur Eindämmung des Covid-Infektionsgeschehens die 2G+ Regel, d.h. Zugang zu Innenbereichen wie Einzelhandelsgeschäfte, Gastronomie, Veranstaltungen, Kultur, Sporträume und Freizeit haben nur noch geimpfte und genesene Menschen, welche einen tagesaktuellen negativen Corona-Test vorlegen.

I. Fragen zur 2G+ Regel:

1. Welchen *epidemiologischen* Unterschied gibt es aus Ihrer Sicht zwischen getesteten Menschen?

Obwohl es keinen epidemiologischen Unterschied zwischen getesteten Menschen gibt, benachteiligen Sie mit der 2G+ Regel ungeimpfte Menschen.

Weil die zuvor geltende 2G-Regel hinsichtlich der Infektionszahlen nicht wirksam war, ist mit der 2G+-Regel zusätzlich ein negativer Test erforderlich. Jedoch nur Geimpfte und Genesene dürfen mit einem negativen Test am gesellschaftlichen Leben in Innenräumen teilnehmen. Ungeimpften Menschen wird der Zugang mit negativen Tests verwehrt. Diese Benachteiligung ohne epidemiologischen Grund ist rechtswidrig und wissenschaftlich bedenklich.

Der Virologe Prof. Dr. Christian Drosten „sieht die 2G+ Regel kritisch, denn die Aussagekraft von Schnelltests bei gesunden Geimpften sei eingeschränkt. Es sehe so aus, als ob Infektionen bei Geimpften gerade in den ersten Tagen der Infektion nicht so gut durch einen Antigen-Schnelltest nachzuweisen sind.“²

2. Was bezwecken Sie also mit der 2G+ Regel, wenn es keinen epidemiologischen Grund gibt, getestete ungeimpfte Menschen auszugrenzen?

Die 2G+ Regel ist verfassungswidrig, weil sie gegen Grundrechte verstößt, die den nichtgeimpften getesteten Bürgern per Verfassung zustehen.

² Prof. Dr. Christian Drosten, Berliner Zeitung AFP/sba, 28.11.2021

2. Offener Brief an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bzgl. Corona-Maßnahmen_01.01.2022

Die 2G+ Regel ist unverhältnismäßig und willkürlich weil sie getestete nichtgeimpfte Bürger ohne triftigen Grund vom gesellschaftlichen Leben ausschließt. Die 2G+ Regel benachteiligt getestete ungeimpfte Menschen massiv, da sie keine epidemiologische Gefahr bilden.

Die 2G+ Regel grenzt an willkürliche Schikane. Die Regierung in MV schließt mündige gesunde Bürger vom gesellschaftlichen Leben aus. Damit wird ein unzulässiger Druck ausgeübt, um die Impfquote zu erhöhen. Hier wird Unrecht zu Recht erhoben.

Es wird ungeimpften Menschen schwer gemacht, frei zu entscheiden, ob sie sich für oder gegen die Covid-Impfung entscheiden. Die Verabreichungen der Covid-Impfstoffe seit fast einem Jahr haben mehr mittlere und schwere Nebenwirkungen sowie Todesfälle verursacht, als alle Impfungen in den letzten 30 Jahren zusammen.

Eine Abwägung für oder gegen diese Impfung will deshalb gut überlegt sein.

Begründung:

„Bei schweren Covid-Erkrankungen beträgt die absolute Risiko-Reduktion durch die Impfung von Biontech Pfizer nur 0,7% bei Moderna nur 1,23 %. Es ist unseriös und unwissenschaftlich zu behaupten, dass der Impfstoff schwere Verläufe reduziert. [...]

Am 30.09.2021 wird im renommierten European Journal of Epidemiology eine Analyse der Harvard-Universität publiziert, welche den Zusammenhang zwischen Impfquote und Infektionsgeschehen aus 68 Ländern und 2947 Verwaltungsbezirken der USA untersucht hat. Sie kommt zu dem Schluss, dass die Impfung als primäre Maßnahme überdacht werden soll, da in Ländern mit einer hohen Durchimpfrate nicht weniger neue Covid-Fälle auftraten sondern sogar ein gegenteiliger Trend besteht. Die Resultate werden in den Medien und Regierungen ignoriert, da sie das Narrativ der hochwirksamen Impfung in Frage stellt.

Die Daten bestätigen was die Zulassungsstudien angedeutet haben, die Covid-Impfstoffe sind unwirksam.“³

II. Impffolgen:

„In der EU wurden bis zum 30.10.2021 über 1 Million Impfnebenwirkungen erfasst. Bei ca 1/3 hiervon handelt es sich um schwerwiegende Nebenwirkungen und knapp 17.000 Todesfälle im Zusammenhang mit der Impfung. Rund 12.000 Fälle betrafen Nebenwirkungen bei Jugendlichen über 12 Jahren, hiervon waren 38% schwerwiegend. Es wurden 54 Todesfälle bei Jugendlichen im Zusammenhang mit der Covid-Impfung registriert.

In der amerikanischen Impfnebenwirkungsdatenbank VAERS sind aktuell 2433 Todesfälle von Ungeborenen von geimpften Schwangeren erfasst.

Preklinische Studien haben gezeigt, dass Spike-Proteine das Gerinnungssystem aktivieren. Zu den häufig erfassten Nebenwirkungen gehören Thrombosen, Schlaganfälle, Embolien, Sehverlust, Sehverminderung, Lähmungen, Blutungen, Herzerkrankungen. Inwiefern Krebs und Autoimmunerkrankungen mittel- und langfristig auftreten wird sich erst noch zeigen. Kinder und Jugendliche sind öfter von Nebenwirkungen betroffen.

³ ALETHEIA-Medienkonferenz vom 12.11.2021 (Referenzen ALETHEIA)Kati Schepis

2. Offener Brief an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bzgl. Corona-Maßnahmen_01.01.2022

Entgegen Mitteilungen von Regierung und Medien wurden keine Überlastungen der Intensivstationen belegt, im Gegenteil es wurden über 4000 Intensivbetten innerhalb der Pandemie in Deutschland abgebaut und es werden Patienten aus dem Ausland aufgenommen.

Ebenso wenig wurde eine relevante Übersterblichkeit beobachtet, wenn diese korrekt berechnet wurde.

Für die Behandlung von Covid-Erkrankungen stehen wirksame Therapien wie beispielsweise Hydroxychloroquin und Ivermectin zur Verfügung. Diese Datenlage wird von den Behörden ignoriert.

Die Impfung ist somit unwirksam, unsicher und unnötig. Noch unsicherer und unnötiger ist es, sich hiervon in regelmäßigen Abständen eine Booster-Impfung verabreichen zu lassen, welche die Nebenwirkungen potenziert.“⁴

Die Covid-19 Impfungen wurden in Europa nur mittels „bedingter Zulassung“ auf die Patienten losgelassen. Die Impfung hält nichts, was noch im Februar 2021 seitens Regierung und Zuständigen versprochen wurde: Sie schützt nicht vor schweren Verläufen, sie schützt nicht vor Ansteckung und nicht vor Weitergabe des Virus. Die Impfung erzeugt keine sterile Immunität.

Auch **Prof. Dr. Dr. Alexander Kekule** weist darauf hin, das „die derzeitige Corona-Lage nicht durch die Ungeimpften entstanden ist, wie Medien und Regierung falsch darlegen, sondern dadurch, dass Geimpfte sich auf den Schutz der Impfung verlassen haben weil es ihnen versprochen wurde. Aber auch sie (die Geimpften) infizieren sich zu einem erheblichen Teil. Dadurch haben wir jetzt diese massive Welle unter den Geimpften. Sie ist deshalb so gefährlich, weil diese Menschen glauben, sie seien geschützt. Sie wurden falsch informiert.“⁵

Die 2G Regel war somit der Treiber der jetzigen 4. Welle. Um vom Versagen der Politik abzulenken, wird nun den ungeimpften Menschen die Schuld zugewiesen. Aber ungeimpfte Menschen wurden durch 2G Regeln ohnehin ausgegrenzt, benachteiligt und ausgesperrt. Ungeimpften Menschen wurde nicht einmal die Möglichkeit zum Eintritt mittels negativer Tests gewährt.

Professor Christian Perronne, einer der renommiertesten französischen Experten für Infektionskrankheiten und langjähriger Regierungsberater vertritt die Ansicht: „Nicht Ungeimpfte, sondern Geimpfte seien nämlich gefährlich für andere. Grade in Israel und Großbritannien, wo die weltweit größten Impfprogramme liefen, sehe man auch die schwersten Covid-Fälle unter Geimpften in den Krankenhäusern. In der Geschichte der Infektionsmedizin sei es „*noch nie vorgekommen, dass ein Staat oder Politiker systematische Impfungen für Milliarden von Menschen auf der Welt gegen eine Krankheit empfohlen haben, deren Sterblichkeitsrate heute bei 0,05 % liegt. Das ist eine sehr niedrige Sterblichkeitsrate! Aber Politik und Medien machen allen Angst, dass eine neue so genannte „Delta-Variante“ aus Indien kommt, aber in Wirklichkeit sind alle diese Varianten immer weniger gefährlich, und wir wissen jetzt, dass [mit] diesem sogenannten „Impfstoff“, in der Bevölkerung, [...] gerade bei diesen (geimpften) Menschen die Varianten entstehen. [...]*“

⁴ ALETHEIA-Medienkonferenz vom 12.11.2021 (Referenzen ALETHEIA)Kati Schepis

⁵ Prof. Dr. Dr. Alexander Kekulé im Interview 23.11.2021 „Die Welt“

2. Offener Brief an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bzgl. Corona-Maßnahmen_01.01.2022

Begründung am Beispiel Indien: *Dort leben fast anderthalb Milliarden Menschen in vielen verschiedenen Bundesstaaten. In den Bundesstaaten, in denen man die Menschen mit Ivermectin, Zink, Doxycyclin und Vitamin D behandelte, blieb die Epidemie auf einem sehr niedrigen Niveau: Sie war ziemlich schnell vorbei. **in den Gebieten Indiens, in denen sie „Impfstoffe“ verwendet haben, kam die Epidemie zurück, mit neuen Todesfällen. Das ist ein Beweis dafür, dass man mit einer frühzeitigen Behandlung Erfolg haben kann und die Epidemie sehr schnell vorbei sein wird.***⁶

Frau Schwesig, schauen Sie eigentlich auf andere Staaten und deren Infektionsgeschehen? Wenn ja, müssten Sie doch erkennen, dass Ihre Strategie, welche offenbar dem Narrativ der Bundesregierung und unserem Nachbarland Österreich entspricht, nicht funktioniert. Sie hätten die Möglichkeit in unserem Bundesland Mecklenburg Vorpommern eine historische Wende einzuleiten. Wenn Sie die Erkenntnis zulassen würden, dass Staaten mit niedrigem Infektionsgeschehen andere – erfolgreiche - Wege gehen.

III. Das Dilemma der Krankenhausüberlastungen:

Dass die Ursache für Krankenhausüberlastungen nicht den Ungimpften anzulasten ist, sondern der Regierung, wird wie folgt dargestellt:

Begründung:

Interview Dr. Rainer Füllmich, Viviane Fischer mit Walter von Rossum,

Offenbar besteht ein politischer Wille, dass ständig eine Notlagesituation simuliert wird und das mit aller Macht.

Wenn man Krankenhausbetreibern rechtliche Mittel gibt, mehr Geld abzurechnen, werden es viele tun, haben es getan.

Offiziell ist, dass es 2020 deutlich weniger Corona-Fälle in den Krankenhäusern gab, als abgerechnet wurden. Es gab 2020 nicht annähernd eine Situation der Überlastung in den Krankenhäusern.

Die ITS-Betten-Belegung ist jährlich relativ konstant, unabhängig von Corona-Fällen.

Heute gibt es weniger ITS-Betten trotz Pandemie. Durch den Schwund der ITS-Betten entstanden dem Staat Kosten von ca 12-13 Milliarden. Aufgrund von 11 Milliarden € bereitgestellter Fördermittel + nochmals 670 Millionen € hätten 13.000 IST-Betten zusätzlich da sein müssen.

Von den anfänglichen 43.000 ITS-Betten mit Notfallreserve, welche im August 2020 hätten da sein müssen, haben wir heute nur ca 23.500 ITS-Betten +10.000 Notfallreserve.

Kein Krankenhaus hat Rechenschaft ablegen müssen, wo die abgebauten IST-Betten sind. Es gab Anfragen an das Gesundheitsministerium, welche nicht beantwortet werden konnten.

⁶ Prof. Christian Perronne, 27.11.2021 Welt

2. Offener Brief an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bzgl. Corona-Maßnahmen_01.01.2022

Der Bundesrechnungshof hat im Juli 2021 festgestellt, dass das Bundesgesundheitsministerium nicht in der Lage ist, die annähernde Zahl der akut betreibbaren ITS-Betten zu benennen.

Mitnahmeeffekt von Fördermitteln:

Ab Nov. 2020 wurde ein neues Gesetz eingeführt § 21 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes.

Es besagt, dass Krankenhäuser bei einer 7-Tages Inzidenz von 70, je nach Höhe der Auslastung durch Covid-Patienten, Anspruch auf eine Prämie haben. Daraufhin meldeten viele Krankenhäuser akuten ITS-Betten ab, um diese Prämie zu bekommen. Beispiel Krankenhaus Sömmerda,

So ließe sich ein Großteil des ITS-Betten-Schwundes erklären.

Daraus folgt, dass viele Krankenhäuser für eine 100%ige Auslastung sorgten, d.h. weniger Betten bei gleicher Patientenzahl und gleicher Personalstärke.

Der Laie fragt sich, wie kann es sein, dass innerhalb eines Jahres zehntausende an Pflege-Personal weniger zur Verfügung stehen.

Aufgabe der Regierung/ Gesundheitsministerium wäre es gewesen, das Personal besser zu bezahlen bei weniger Arbeitszeit. Stattdessen stecken sich die Krankenhäuser die Prämien ein und die Regierung pocht auf hohe Impfquoten.⁷

Fazit RA Dr. Rainer Füllmich

1. Täuschung über die epidemische Lage nationaler Tragweite.
2. Intensivbettenüberlastung, die künstlich erzeugt wurde, dadurch entstandener finanzieller Schaden.
3. Daraus entstehende Handlungen der Regierung sind Impfungen und indirekte Impfpflicht, welche höchst gefährlich sind.
4. Einseitige Medienberichterstattung auf allen öffentlichen Kanälen zur Aufrechterhaltung der Ängste der Menschen.⁸

Frau Schwesig, die ungeimpften Menschen sind nicht schuld, dass die Krankenhauskapazitäten während der Pandemie stark reduziert wurden.

„Der deutsche Mediziner **Prof. Dr. Günter Kampf** veröffentlichte in der angesehenen Fachzeitung The Lancet einen Überblick zur aktuellen Corona-Studienlage. Besonders im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob es richtig ist, von einer Gruppe als „Pandemietreiber“ zu sprechen. Prof. Kampf hat sich ein umfassendes Bild zur aktuellen Studienlage gemacht. In einem Brief für die Fachzeitschrift The Lancet begutachtet er mehrere kürzlich veröffentlichte Studien. Zuerst zitiert er eine britische Studie, die keinen Unterschied in der Ansteckungsgefahr zwischen Geimpften und Ungeimpften bei Weitergabe innerhalb eines Haushalts ermitteln konnte. Die Spitzenviruslast war bei Geimpften und Ungeimpften identisch.

⁷ Walter van Rossum im Corona-Ausschuss 80. Sitzung Nov. 2021

⁸ Dr. Rainer Füllmich im Corona-Ausschuss 80. Sitzung Nov. 2021

2. Offener Brief an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bzgl. Corona-Maßnahmen_01.01.2022

Anschließend bemerkt Kampf, die hohe Rate an Durchbruchsinfektionen im RKI-Wochenbericht.

Zwischen der 39. und 42. Kalenderwoche in **England** betrug der Prozentsatz der Covid19-Fälle bei den vollständig Geimpften 89,7 % und bei den Ungeimpften 3,4 %.

Eine Krankenhausinfektion in **Israel**, an dem 16 Beschäftigte im Gesundheitswesen, 23 exponierte Patienten und zwei Familienmitglieder beteiligt waren, liefert ein aufschlussreiches Bild: “Der Verbreiter des Virus war ein vollständig geimpfter COVID-19-Patient. Die Durchimpfungsrate betrug 96,2 % bei allen exponierten Personen (151 Beschäftigte im Gesundheitswesen und 97 Patienten). Vierzehn vollständig geimpfte Patienten erkrankten schwer oder starben, die beiden nicht geimpften Patienten entwickelten eine leichte Erkrankung.”

In den **USA** sind vier der fünf von der US-Seuchenbehörde als “Hochübertragungs”-Länder gekennzeichneten Gebiete gleichzeitig die, welche die höchsten Impfquoten weltweit aufweisen.

Prof. Dr. Günter Kampf kommt zu dem Ergebnis, die **Geimpften** würden immer stärker zur Verbreitung des Virus beitragen, und **dass eine Stigmatisierung der Ungeimpften in keinsten Weise gerechtfertigt ist.**⁹

III. Stigmatisierung:

Frau Schwesig, anstatt in dieser schwierigen Zeit die Bevölkerung zu stärken, zusammenzuhalten und mit geeigneten Maßnahmen vor einer weiteren Welle zu schützen, wurde durch ungeeignete Maßnahmen und der Stigmatisierung von Ungeimpften die Menschen in MV gespalten und das Infektionsgeschehen in die Höhe getrieben.

Unsere Kinder und Jugendliche werden missbraucht und bekommen, die Spritze um die älteren Menschen zu schützen. Ihnen wird eingeredet, dass das notwendig sei. Wissen Sie, wie schwer es für die Kinder, Jugendliche, Studenten und deren Eltern ist, der täglichen Ausgrenzung in Schulen, Universitäten und Sportvereinen ausgeliefert zu sein, weil sie nicht geimpft sind?

Durch die Stigmatisierung wird der Betroffene in seinem unmittelbaren sozialen Umfeld und / oder innerhalb der Gesellschaft abgewertet oder benachteiligt. Bei der öffentlichen Stigmatisierung wird der Betroffene im öffentlichen Leben, zum Beispiel am Arbeitsplatz oder bei der Teilnahme des gesellschaftlichen Lebens benachteiligt.

Mit der von Ihnen eingeführten 2G und 2G+ Regel werden ungeimpfte Menschen in unserem Bundesland MV zu Unrecht stigmatisiert.

Wir alle wollen in einer Gesellschaft leben, in der uns die gleichen Möglichkeiten offenstehen um ein glückliches Leben zu führen, wie allen anderen. Gerechter Zugang zu Menschenrechten, Möglichkeiten und Ressourcen stehen uns allen zu.

Jeder von uns kann sich seit der Ausgrenzung durch die 2G(+)-Regel hineinversetzen, wie sich die Juden gefühlt haben müssen, als Ihnen im 3. Reich plötzlich Grundrechte verwehrt

⁹ <https://reitschuster.de/post/in-wichtigster-medizin-fachzeitung-wird-mit-pandemie-der-ungeimpften-aufgeraeumt/>

2. Offener Brief an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bzgl. Corona-Maßnahmen_01.01.2022

wurden. Sie durften keine Geschäfte mehr betreten, Arztbehandlungen wurden abgelehnt, Arbeitsverbote wurden erteilt, obwohl sie keine Straftat begangen hatten. Dies alles aufgrund menschenverachtender Politik und Propaganda. Das haben wir alle im Geschichtsunterricht gehabt und das darf es nie wieder geben.

Menschen, welche sich aus Angst vor den vielen Nebenwirkungen und Todesfällen nicht impfen lassen, haben keine Straftaten begangen. Dennoch, obwohl sie mittels Test nachweislich gesund sind, werden sie ausgeschlossen und ausgegrenzt und zu Unrecht als Verursacher der 4. Welle abgewertet.

Dass die Impfung nur wenige Monate, Wochen oder häufig gar nicht schützt und die Regierung verpasst hat, die geimpften Menschen über den nachlassenden Impfschutz aufzuklären ist nicht ungeimpften Menschen anzulasten.

Uns liegen Zahlen aus Großbritannien vor, dort werden die Statistiken akkurat geführt im Gegensatz zu Deutschland.

2x Geimpfte Covid-10-Fälle auf Intensivstationen:

50-59 Jahre: 60%

60-69 Jahre: 72,9%

70-79 Jahre: 82,7%

>80 Jahre: 85,2%

Covid-19 Todesfälle trotz 2x Impfung:

50-59 Jahre: 50,4%

60-69 Jahre: 68,5%

70-79 Jahre: 82,5%

>80 Jahre: 86,4%

Genauso wenig wie die Grippe durch die Grippeschutzimpfung beseitigt wurde, wird das Corona-Virus durch diese genverändernden Impfstoffe verschwinden.

Ungeimpften Menschen wird derzeit das Leben massiv erschwert, durch tägliches Testen für Bus, Bahn und am Arbeitsplatz u.v.m.

Gemäß Frau Beate Bahner, Medizinrechtlerin, „verstößt ein derartig ungerechtfertigter Impfdruck, eklatant gegen die Grundrechte, gegen die Europäische Charta für Menschenrechte und vor allem gegen das Diskriminierungsverbot, gegen die Menschenwürde und gegen das Recht auf Handlungsfreiheit und körperliche Integrität und ist damit eindeutig und offensichtlich verfassungswidrig.“¹⁰

IV. Impfpflicht

Seit Tagen hört man in allen öffentlichen Medien Debatten zur Impfpflicht. Politiker ohne medizinisches Fachwissen maßen sich an, darüber entscheiden zu wollen, ob eine Impfpflicht notwendig ist, um die Pandemie zu beenden.

Eine Impfpflicht darf es nicht geben weil:

¹⁰ Buch: Beate Bahner "Corona-Impfung – Was Ärzte und Patienten unbedingt wissen sollte"

2. Offener Brief an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bzgl. Corona-Maßnahmen_01.01.2022

1. Die Impfstoffe haben nur eine Notzulassung.
2. Die Impfung bietet keine sterile Immunität, sondern höchsten einen schwachen Selbstschutz.
3. Inhalte der Impfstoffe können aufgrund Patentschutzes nicht deklariert werden, aber kein Mensch kann verpflichtet werden, unbekannte und wenig erforschte Komponenten mit hohen Risiken in den Körper spritzen zu lassen.
4. Unter dem Mikroskop wurden die Covid-Impfstoffe untersucht und man hat scharfkantige anorganische unauflösbare Bestandteile entdeckt, welche unser Gewebe zerschneiden. So etwas wollen wir weder in unserem Körper noch in den Körpern unserer Kinder.

Kolumne zur Impfpflicht von Prof. Dr. Dr. Alexander Kekulé, Mediziner, Epidemiologe:

„Es sind nicht die richtigen Impfstoffe für die Impfpflicht.

Erstens haben wir nicht die richtigen Impfstoffe, mit denen sich eine allgemeine Impfpflicht rechtfertigen ließe [...] Die Hersteller haben die Impfstoffe, entgegen anfänglicher Versprechungen, bislang nicht an die Delta-Variante angepasst.

Bis die Impfpflicht greift, hätten wir es zudem wahrscheinlich mit neuen Varianten zu tun (Omikron ist nur ein möglicher Kandidat hierfür), die sich von den derzeitigen Impfstoffen noch weniger beeindrucken lassen. Ob dann angepasste Vakzine verfügbar sind, wie gut sie vor der Weitergabe des Erregers schützen und ob ihre Wirkung eine Impfpflicht rechtfertigt, lässt sich heute noch nicht absehen.

Das mit der Impfpflicht verfolgte Ziel, die Krankenhäuser in künftigen Infektionswellen vor Überlastung zu schützen, ist mit den aktuellen Vakzinen wahrscheinlich nicht erreichbar.

Die mRNA-Vakzine sind für eine allgemeine Impfpflicht auch deshalb ungeeignet, weil sie bei einem erheblichen Teil der bislang Ungeimpften irrationale Ängste hervorrufen. Dies betrifft keineswegs nur "Aluhüte", die sich vor Genmanipulation und implantierten Mikrochips fürchten.

Allerdings kann kein seriöser Wissenschaftler ausschließen, dass in Zukunft Nebeneffekte entdeckt werden, die mit den heutigen Kenntnissen über das Immunsystem und seine Entwicklung in der Kindheit nicht vorhersehbar waren.

Zweitens gibt es für eine allgemeine Impfpflicht weder eine medizinische noch eine epidemiologische Begründung. Eine gesetzliche Verpflichtung, *sich selbst* vor Erkrankung zu schützen, würde einen ethischen Paradigmenwechsel und bislang beispiellosen Eingriff in die Grundrechte bedeuten. Weder Raucher noch Übergewichtige oder Risikosportler müssen vergleichbare Gebote hinnehmen, ihre Behandlungskosten trägt trotzdem die Allgemeinheit.[...]

Um das Recht auf Schädigung der eigenen Gesundheit einzuschränken, bedürfte es einer außerordentlich dringenden und allgemein zutreffenden medizinischen Begründung.

Diese gibt es jedoch bereits deshalb nicht, weil das Risiko schwerer Covid-Erkrankungen sehr unterschiedlich verteilt ist. Während bei Alten, Übergewichtigen und Menschen mit besonderen Grunderkrankungen vielleicht noch die außergewöhnliche Dringlichkeit der Impfung begründbar wäre, unterscheidet sich die Gefahr für junge und gesunde Menschen sowie für bereits von Covid Genesene nicht grundsätzlich von anderen Gesundheitsrisiken.

Die Pandemie lässt sich nicht wegimpfen.

2. Offener Brief an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bzgl. Corona-Maßnahmen_01.01.2022

Auch das Ziel der lokalen Eliminierung beziehungsweise globalen Eradikation der Krankheit, wie es mit Impfkampagnen gegen Masern oder Pocken verfolgt wurde, kann bei Covid nicht als Begründung für eine Impfpflicht dienen. Mittlerweile ist anerkannt, dass es in absehbarer Zeit keine Herdenimmunität gegen Sars-CoV-2 und seine immer neuen Varianten geben wird und wir die Pandemie nicht "wegimpfen" können, wie dies von manchen Fachleuten anfangs vertreten wurde.

Wir kennen die Ungeimpften nicht.

Das **dritte** Argument gegen eine allgemeine Impfpflicht ist, dass sie praktisch kaum umsetzbar wäre, aber erheblichen sozialen Sprengstoff birgt. Die derzeit rund 14 Millionen ungeimpften Erwachsenen (davon drei Millionen im besonders gefährdeten Alter ab 60 Jahre) können mangels Impfbücher nicht identifiziert werden. Unter ihnen gibt es eine unbekannte Anzahl Unentschlossener, die sich wahrscheinlich einer Impfpflicht fügen würden; allerdings dürfte sich diese Gruppe unter dem Druck der vielen 3G-beziehungsweise 2G-Vorschriften früher oder später ohnehin den Pöbeln verabschieden lassen. Ein weiterer Teil der Ungeimpften wartet auf die konventionellen Vakzinen und würde sich auch ohne Impfpflicht noch rechtzeitig vor der nächsten Welle damit schützen.

Und dann ist da noch der kleine, aber besonders laute Rest der radikalen Impfgegner. Dass sie sich einer Impfpflicht unterwerfen würden, darf man getrost ausschließen. Eher würden sie sich von gleichgesinnten Ärzten (auch diese gibt es!) eine Impfunfähigkeit bescheinigen oder in Beugehaft nehmen lassen. Einige von ihnen haben so panische Angst vor dem vermeintlichen Teufelszeug, dass sie auch bei seriöser psychiatrischer Beurteilung eine Befreiung von der Impfpflicht bekommen dürften.

Die Mehrheit der Bevölkerung (80 Prozent der Erwachsenen sind geimpft) ist angesichts überfüllter Intensivstationen zu Recht wütend darüber, dass sich eine Minderheit ihre Sturheit und Angst nicht nehmen lässt. Angst ist bekanntlich ein schlechter Berater. Dies darf uns jedoch nicht dazu verleiten, dem Rat unserer eigenen Wut zu folgen.“¹¹

Wir beziehen unser Recht und unsere Haltung auch auf Basis der vom **Europarat verabschiedeten Resolution vom 27.01.2021: 2361 (2021), Nummer 7.3.1**

„Am 27. Januar 2021 verabschiedete der Europarat eine Resolution zu Impfstoffen gegen COVID-19. Die Parlamentarische Versammlung fordert die Mitgliedstaaten und die Europäische Union nachdrücklich auf, „dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger darüber aufgeklärt sind, dass die Impfung NICHT verpflichtend ist und niemand politisch, sozial oder anderweitig unter Druck gesetzt wird, sich impfen zu lassen, wenn er oder sie dies nicht möchte“, und „dafür zu sorgen, dass Personen, die nicht geimpft sind, weil dies aufgrund möglicher Gesundheitsrisiken nicht möglich ist oder die betreffende Person dies nicht möchte, nicht diskriminiert werden“¹²

V. **WIR FORDERN**

- Hände weg von unseren Kindern,
- eine gerecht handelnde Landesregierung,

¹¹ Prof. Dr. Dr. Alexander Kekulé Focus-Online-Kolumne vom 02.12.2021

¹² <https://pace.coe.int/fr/files/29004/html>

2. Offener Brief an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bzgl. Corona-Maßnahmen_01.01.2022

- Aufhebung diskriminierender und unwirksamer Maßnahmen,
- Wahrung der Grundrechte aller Bürger,
- Gewährung unseres Rechtes auf freie Impf-Entscheidung
- Ausbau der Krankenhauskapazitäten,
- Realistische Berichterstattung statt einseitige Panikmache,
- Zulassen und Veröffentlichungen verschiedener Meinungen von Wissenschaftlern und Ärzten
- **Wir fordern Sie auf, alle Maßnahmen der Stigmatisierung, Ausgrenzung und Benachteiligung (getesteter) nichtgeimpfter, gesunder Menschen aufzuheben.**
- **Demokratie statt Bevormundung**

Unter Führungsstärke versteht man auch das Eingestehen von Fehlern. Zeigen Sie, dass es Ihre Bürger in MV wert sind, dass Sie für sie eintreten entgegen dem Narrativ in der Bundesregierung. Seien Sie mutig und stärken Sie unser Bundesland.

Unterlassen Sie es, den ungeimpften Menschen die Spaltung der Gesellschaft anzulasten.

Die Spaltung der Gesellschaft entsteht durch politische Maßnahmen zur Benachteiligung unbescholtener gesunder Bürger.

Folgende Übersicht der Städte und Anzahl der Menschen, die auf die Straße gehen um gegen die 2G+Regel sowie Impfpflicht zu demonstrieren.

Stadt	Anzahl der Demonstranten	Stand Kalenderwoche 49/ 2021
Greifswald	450	
Wolgast	650	
Rostock	1700	
Wismar	60	
Neubrandenburg	500	
Ribnitz-Dammgarten	200	
Schwerin	400	
Güstrow	80	

Wir werden diesen Brief verteilen. Er dient auch als Information und Gegendarstellung zur einseitigen Berichterstattung.

Wir sind weder Aluhutträger noch eine dumme Minderheit. Wir haben uns bundesweit und weltweit über Fakten, Daten und Hintergründe von Ärzten, Wissenschaftlern, Rechtsanwälten informiert.

Folgende Pathologie-Konferenz sollten Sie anhören, wenn Ihnen Menschen und deren Gesundheit insbesondere auch die der Kinder wichtig sind.

<https://pathologie-konferenz.de/PM%202021.%20Pathologie-Konferenz%20final-online.pdf>

Referenten: Prof. Dr. Arne Burkhardt, Prof. Dr. Walter Lang, Dr. Med. Ute Krüger, Prof. Dr. Werner Bergholz,

Wir appellieren an Sie, als Ministerpräsidentin und Mutter, dass Sie sich mit Wissenschaftlern, welche die Risiken verdeutlichen, austauschen und Ihre Sichtweise überprüfen.

2. Offener Brief an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bzgl. Corona-Maßnahmen_01.01.2022

Autorin: Ina Wittfoth (Bürgerin aus MV)

Versammlungsleiter:

Andreas Pieper, **Greifswald**; Sabine Reimer und Sebastian Glaser, **Wolgast**; Jens Kaufmann, **Rostock**; Günther Schwaneberg, **Wismar**; Daniel Gurr, **Schwerin**; Juliane Pidde, **Neu-brandenburg**;